JÜDISCHES GEMEINDEBLATT

MITTEILUNGSBLATT DER ISRAELITISCHEN GEMEINDE

AMTLICHES ORGAN DER GEMEINDEVERWALTUNG **BREMEN**

Das Jüdische Gemeindeblatt wird den Mitgliedern der Israelitischen Gemeinde Bremen unentgeltlich zugestellt

Nachdruck nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung des Verfassers gestattet

Verlagsort Kassel

Verantwortlich für den lokalen Teil: M. Markreich

Nr. 15 — **Bremen, den 17. November 1932** — **4. Jahrgang**

Verlag der jüd. Gemeindeblätter. Kassel. Kölnische Straße 77

Grundsätze der jüdischen Sittenlehre.

Die nachfolgenden „Grundsätze" wurden auf Veranlassung des Deutsch-Israelitischen Gemeinde-Bundes von Professor Dr. Moritz Lazarus sel. And. verfaßt und im Januar 1889 in der von Arthur S. Weißmann, Wien, herausgegebenen „Monatsschrift für Literatur und Wissenschaft des Judentums" veröffentlicht. Trotz der inzwischen verflossenen 43 Jahre sind diese „Grundsätze" noch so aktuell wie zur Zeit ihrer Abfassung und in jeder Hinsicht wert, in sämtlichen jüdischen und nichtjüdischen Blättern immer aufs neue verkündet zu werden.

Die Redaktion.

1. Das Judentum lehrt die Einheit des Menschengeschlechts. Wir haben alle einen Vater: ein Gott hat uns alle erschaffen.
2. Das Judentum gebietet: „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst!" und erklärt dies alle Menschen umfassende Gebot der Liebe als Hauptgrundsatz der jüdischen Religion.
   Es verbietet daher: gegenüber jedermann, gleichviel welcher Abstammung er sei, welcher Nation er angehöre und zu welcher Religion er sich bekenne, jede Art von Gehässigkeit, Neid, Mißgunst und lieblosem Verhalten; es fordert Recht und Redlichkeit und verbietet Ungerechtigkeit, insbesondere jede Unredlichkeit im Handel und Wandel, jede Uebervorteilung, jede Benutzung (Ausbeutung) der Not, des Leichtsinns und der Unerfahrenheit eines andern, sowie jeden Wucher und jede wucherische Ausnutzung der Kräfte anderer.
3. Das Judentum gebietet: das Leben, die Gesundheit, die Kräfte und den Besitz des Nächsten zu achten.
   Es verbietet daher: durch Gewalt oder List oder in sonstiger widerrechtlicher Weise den Nebenmenschen zu schädigen, ihn um sein Hab und Gut zu bringen oder ihn gegen rechtswidrige Angriffe hilflos zu lassen.
4. Das Judentum gebietet: des Nächsten Ehre heilig zu halten wie die eigene Ehre.
   Es verbietet daher: jede Herabsetzung des Nächsten durch üble Nachrede, jede Kränkung desselben durch Spott und Beschämung.
5. Das Judentum gebietet: die religiösen Ueberzeugungen anderer zu achten.
   Es verbietet daher: jede Verunglimpfung oder Nichtachtung religiöser Gebräuche und Abzeichen Andersgläubiger.
6. Das Judentum gebietet: Barmherzigkeit gegen jedermann zu üben, die Nackten zu kleiden, die Hungrigen zu speisen, die Kranken zu pflegen, die Trauernden zu trösten.
   Es verbietet daher: die Fürsorge auf das eigene Wohl und das Wohl der Angehörigen zu beschränken und bei fremdem Leid teilnahmslos zu bleiben.
7. Das Judentum gebietet: die Arbeit zu ehren. Jeder an seiner Stelle soll an der Tätigkeit der Gesamtheit durch eigene körperliche oder geistige Arbeit teilnehmen, im Fleiße des Schaffens und Wirkens die Segnungen des Lebens suchen.
   Es fordert daher: die Pflege, Ausbildung und tätige Anwendung unserer Kräfte und Fähigkeiten.
   Es verbietet dagegen: jeden trägen arbeitslosen Genuß und den Müßiggang im Vertrauen auf Unterstützung durch andere.
8. Das Judentum gebietet: unverbrüchlich die Wahrheit zu bekennen, Wahrhaftigkeit zu üben, daß unser Ja — Ja, unser Nein — Nein sei.
   Es verbietet daher: jede Entstellung der Wahrheit, jede Vorspiegelung, Heuchelei und Gleißnerei und jede Art von falschem Schein.
9. Das Judentum gebietet: in Demut zu wandeln vor Gott und in Bescheidenheit vor den Menschen.
   Es verbietet daher: Ueberhebung, Hochmut und Hoffahrt, vordringlichen Dünkel, Prahlerei und Geringschätzung fremder Verdienste.
10. Das Judentum fordert: Verträglichkeit, Versöhnlichkeit, Milde und Wohlwollen; es gebietet also: Böses mit Gutem zu vergelten, eher Unrecht zu leiden als Unrecht zu tun.
    Es verbietet daher: Rache zu üben, Haß zu hegen, Groll nachzutragen und selbst den Widersacher ohne Hilfe zu lassen.
11. Das Judentum gebietet: Keuschheit, Sittenstrenge und Heiligung der Ehe.
    Es verbietet daher: Zuchtlosigkeit, Maßlosigkeit und jede Lockerung der Familienbande.
12. Das Judentum gebietet: die Gesetze des Staates gewissenhaft zu befolgen, die Obrigkeit zu ehren und ihr zu gehorchen.
    Es verbietet daher: Auflehnung gegen die Anordnungen der Obrigkeit und jegliche Umgehung der Gesetze.
13. Das Judentum gebietet: das Wohl der Mitmenschen zu fördern, den einzelnen oder der Gesamtheit nach dem Maße seiner Kräfte zu dienen.
    Es verbietet daher: jede träge Gleichgültigkeit gegen das Gemeinwohl und jede eigensüchtige Abschließung von den zur Wohltätigkeit und zur Veredlung der Menschen geschaffenen Einrichtungen der Gesellschaft.
14. Das Judentum gebietet: das Vaterland zu lieben und für dessen Ehre, Gedeihen und Freiheit Gut und Blut willig zu opfern.
15. Das Judentum gebietet: den Namen Gottes durch unser Tun zu heiligen und dazu mitzuwirken, daß jene Zeit herannahe, in welcher alle Menschen geeint sein sollen in der Liebe zu Gott und der Liebe zu allen Nebenmenschen.

Wissen Sie schon?

In palästinensischen Fabriken kam es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern der Histadruth-Organisation und denen der revisionistischen Gewerkschaft.

Der Präsident der französischen Republik, Charles Lebrun, gab seiner tiefsten Sympathie für den jüdischen Aufbau in Palästina Ausdruck.

In Rotterdam sind zwei neue jüdische Zeitschriften herausgegeben um den Zusammenhalt unter der jüdischen Bevölkerung zu stärken und die Judenmission zu bekämpfen.

Anläßlich der Wiederkehr des 300. Geburtstags von Baruch Spinoza veranstaltet die Bibliothek der jüdischen Gemeinde Berlin eine Spinoza-Ausstellung.

In Tunesien ereigneten sich wiederum antisemitische Unruhen. — Die Wiener Universität wurde Ende Oktober wegen blutiger antisemitischer Ausschreitungen geschlossen.

Der in Johannisburg im Alter von 85 Jahren verstorbene Chai Herzenstein hinterließ 5000 Pfund für die Synagoge, 1500 Pfund für die talmudische Hochschule und 1000 Pfund für den Keren Hajessod.

Auf der Generalversammlung des Deutschen Bäderverbandes wurde berichtet, daß viele vermögende amerikanische Juden Deutschland infolge der antisemitischen Hetze meiden; der Verband thüringischer Hotelbesitzer sprach sich gegen das Schächtgesetz aus.

Auf der Tagung der Bühnengenossenschaft für den Bezirk Rheinland führte der Präsident der Zentralen Bühnengenossenschaft Erich Otto (Berlin) aus, daß Theater und Kunst unbedingt von politischen Einflüssen ferngehalten werden müssen.

Anläßlich seines 50. Geburtstages war Dr. Wilhelm Fildermann (Bukarest) Gegenstand außerordentlicher Ehrungen seitens der rumänischen und der Weltjudenheit.

Hunderte durch die Wirtschaftskrise ruinierte jüdische Familien in Litauen wenden sich der Landwirtschaft zu, um wenigstens vor dem physischen Verhungern geschützt zu sein.

In Altona wurde der an der Bismarckstraße belegene Friedhof durch Zerstörungen von Grabsteinen und andere Verwüstungen geschändet; auf fünf Grabsteinen fand man Hakenkreuze kunstgerecht eingemeißelt.

Von 1463 Personen, die im September in Palästina eingewandert sind, waren 1259 Juden.

An Stelle von Franklin D. Roosevelt wurde sein Freund Herbert Lehman zum Gouverneur des Staates Newyork gewählt.

Am 6. November fand in London eine Parade von 4000 ehemaligen jüdischen Frontkämpfern zur Erinnerung an die Kriegsgefallenen statt.

Das Defizit beim Jüdischen Wohlfahrtsamt Amsterdam beträgt für das Jahr 1931 Hfl. 120 000, das Defizit für 1932 wird auf zirka Fl. 50 000 geschätzt.

Der englische Schriftsteller Fitzgerald Lee gibt ein neues Werk „Die große Wanderung" heraus, in der er die historische Einwanderung der Juden von Amerika nach Asien beweisen will.

Der spanische Justizminister veröffentlichte einen Gesetzentwurf über die Religionsgesellschaften mit der Garantie völliger Gewissensfreiheit und freier Religionsausübung für alle Bekenntnisse.

Das Berliner Rabbiner-Seminar trat am 27. Oktober in sein 119. Semester ein; das Seminar hat zur Zeit ungefähr 90 Studenten.

Professor Einstein tritt am 10. Dezember seine diesjährige Reise nach Amerika an.

Professor Isaak Markon, Bibliothekar der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in Hamburg, erhielt eine Berufung an die neu gegründete jüdische Fakultät an der Universität in Dorpat.

Am 2. November konnte die Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums auf ein 30jähriges Bestehen zurückblicken.

Im Verlauf des Jahres 1932 wurden nach einer neuen Wirtschaftsstatistik 1 700 000 Pfund Sterling in Palästina-Kapital investiert.

Anläßlich des 60. Geburtstags des Vorsitzenden des Jüdischen Klubs im rumänischen Parlament Dr. Mayer Ebner hat der Stadtrat von Czernowitz beschlossen, die Springbrunnengasse in „Mayer-Ebner-Gasse" umzubenennen.

Die Berliner Reform-Gemeinde beschloß die Einrichtung regelmäßiger Freitag-Abend-Feiern, die im Logenheim Kleiststraße veranstaltet werden.

Gleich dem deutschen Rundfunk wurde auch der englische zu antisemitischer Propaganda mißbraucht.

Der Jüdische Verlag Berlin, der gemäß einem Beschluß des 5. Zionistenkongresses gegründet wurde, konnte auf ein 30-jähriges Bestehen zurückblicken.

Der bekannte Archäologe und Kunsthistoriker Salomon Rainach (Paris) verstarb im Alter von 74 Jahren als letzter der drei großen Brüder.

Die Jüdische Gemeinde in Prag, einst eine der Muttergemeinden in Israel, hatte im Monat Oktober 2 Geburten und 4 Eheschließungen gegenüber 24 Todesfällen und 8 Austritten aus dem Judentum zu verzeichnen.

JÜDISCHES
GEMEINDEBLATT
MITTEILUNGSBLATT DER ISRAELITISCHEN GEMEINDE
AMTLICHES ORGAN DER GEMEINDEVERWALTUNG
BREMEN
Das Jüdische Gemeindeblatt wird den Mitgliedern der Israelitischen Gemeinde Bremen unentgeltlich zugestellt
Nachdruck nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung des Verfassers gestattet
Verlagsort Kassel
Verantwortlich für den lokalen Teil: M. Markreich
Nr. 15 | Bremen, den 17. November 1932 | 4. Jahrgang

Nun verstärkte Selbsthilfe!

Kampf gegen die Erwerbslosigkeit.

Auf Grund von Vorschlägen, die im Wirtschaftsausschuß des Preußischen Landesverbandes gegeben worden sind, wurde in dessen „Unterausschuß für Arbeitsnachweise" nach längerer Beratung einstimmig beschlossen, den Monat November d. J. als Werbemonat für die Idee der jüdischen Arbeitsvermittlung und Erwerbsbeschaffung zu proklamieren. Während dieses ganzen Monats soll unter der Devise „Unser Recht auf Arbeit" im ganzen Reich für die jüdische Arbeitsvermittlung geworben werden.

Die Reichstagswahlen haben nicht ein solches Ergebnis gehabt, daß man erwarten könnte, von der politischen Seite her würden starke Impulse zur Belebung der Wirtschaft, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Verringerung der Not kommen. Ungeachtet der großen Bedeutung aller politischen Probleme sind es aber in erster Linie die Fragen der nackten Existenz, die heute einen erschreckend großen Teil der Bevölkerung aufs tiefste bewegen und beunruhigen. Man steht vor einem Notwinter, der — man darf sich keinen Illusionen hingeben — an Schwere die vorangegangenen wahrscheinlich übertreffen wird. Die Fragen des Obdachs, der Heizung, der Nahrung und Kleidung berühren unmittelbarer als die Befürchtungen hinsichtlich politischer Experimente und der Verschlechterung der Verfassungsgesetze.

Durch die Struktur der jüdischen Gemeinschaft einerseits und durch den antisemitischen Boykott, den weite Kreise der Bevölkerung stillschweigend betätigen andererseits, ist die Lage der Juden in Deutschland, dynamisch gesehen, noch schwieriger als die der Umwelt. Neben der Arbeitslosigkeit jüdischer Arbeitnehmer lastet mit besonderer Schwere die Erwerbslosigkeit zahlreicher einst selbständiger Existenzen auf den Juden in Deutschland. Diese Erscheinungen legen den Organen der jüdischen Gemeinschaft spezielle Verpflichtungen auf. Es ist erfreulich, daß in dieser Hinsicht Einmütigkeit unter allen Richtungen des deutschen Judentums besteht. Es gibt eine wirtschaftliche Judenfrage in Deutschland, deren Behandlung in erster Linie und in dem Hauptmaße Pflicht der Juden allein ist. Aus dieser Erkenntnis heraus haben die zentralen jüdischen Körperschaften eine Aktion beschlossen, die unter dem Schlagworte: „Unser Recht auf Arbeit" im Monat November propagiert werden soll. Diese Aktion ist ein Zeichen des erwachten Willen der deutschen Juden zur Selbsthilfe. Damit diese aber rationell durchgeführt werde und den größten Effekt ergebe, muß sie nach einheitlichen Gesichtspunkten organisiert sein. In erster Linie handelt es sich um die Forderung des jüdischen Arbeitsnachweis-Wesens. Die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden, die auf dem Gebiete all dieser Fragen eine große Sachkenntnis besitzt, hat in den letzten Tagen gemeinsam mit anderen Instanzen das Gesamtproblem der Winterhilfe, der Aktion gegen Arbeits- und Erwerbslosigkeit durchberaten. Es liegt an der jüdischen Oeffentlichkeit, diese Bestrebungen zu fördern. Voll sind die Vorschläge dieser zentralen Organisationen zu akzeptieren. Diese Vorschläge lauten zusammengefaßt:

Stärkste Planmäßigkeit in der Arbeit ist die erste Forderung. Wir glauben, daß klar und, wenn es nottut, rücksichtslos unterschieden werden muß zwischen den guten, voll ausgenutzten Einrichtungen und Arbeitsformen, die aufrechterhalten und gestärkt werden müssen, und solchen, die durch unwirtschaftliche Führung und Leerlauf den Bedürfnissen der gegenwärtigen Notzeit nicht mehr entsprechen.

Das Zweite ist, alle Kräfte dort einzusetzen, wo die gegenwärtige Notzeit neue unumgängliche notwendige Aufgaben stellt. Hier steht die Sorge für die erwerbslose Jugend, Jungen und Mädchen, im Vordergrunde, und es muß beachtet werden, daß das Arbeitslosenproblem nicht nur ein wirtschaftliches, sondern ebenso ein seelisches ist. Noch immer sind alle Einrichtungen für diese Jugend bei weitem nicht ausreichend. Wir nennen nur: Jugendheime, Kurse aller Art und die großen, durch den Freiwilligen Arbeitsdienst gebotenen Möglichkeiten. Auf den weiteren Gebieten produktiver Arbeit weisen wir hier lediglich auf die überall aufgenommenen Bemühungen um die Schaffung von Bezirksdarlehnskassen hin, denen eine außerordentliche Bedeutung zukommt.

Der von uns stets vertretene Grundsatz, daß es bei der Durchführung der jüdischen Wohlfahrtspflege keinen Unterschied gibt zwischen in Deutschland lebenden jüdischen Inländern und Ausländern, hat, wie wir feststellen können, überall Anerkennung gefunden.

Sodann immer wieder: Zusammenwirken von Gemeinden und Vereinen, von ehrenamtlichen und beruflichen Kräften! Nun, da die Not so groß ist, ist jede Nebeneinanderarbeit, jedes Unterlassen frühzeitiger Verständigung und dauernder Zusammenarbeit nicht mehr nur Luxus, den wir uns nicht gestatten können, sondern handeln gegen den besten Geist unserer Arbeit. Wir sehen dankbar, daß die Zusammenarbeit auch dort, wo sie nicht schon immer gut war, in den letzten Jahren enger und stärker geworden ist. Aber jeder, der in der Arbeit steht, weiß, wieviel hier noch zu tun ist und wieviel mit dem Einsatz besten Willens noch erreicht werden kann.

Eine große Sorge ist uns die Stärkung aller Arbeiten unserer Landes- und Provinzialverbände für die so schwer bedrängten mittleren und kleinen Gemeinden.

Solcher Geist der Zusammenarbeit vermag sich nicht nur innerhalb der jüdischen Arbeit, sondern auch darüber hinaus auszuwirken. Kaum brauchen wir auf die gesteigerte Bedeutung des Zusammenwirkens mit der öffentlichen Wohlfahrtspflege hinzuweisen, die überall zu solcher Gemeinschaftsarbeit zum Zwecke besserer Hilfe bereit ist. In gleich hohem Maße gilt dies von der Arbeit in Gemeinschaft mit den anderen Organisationen der freien Wohlfahrtspflege. Hierzu gibt die allgemeine Winterhilfe, in der schon im vorigen Jahr alle unsere Stellen mit großer Hingabe tätig waren, besonderen Anlaß. Wir erneuern unsere Aufforderung zu solcher Mitarbeit in der Winterhilfe, indem wir auf die soeben erfolgte Versendung der ersten Nachrichten der Deutschen Liga für freie Wohlfahrtspflege (als Reichszentrale der Winterhilfe) und auf die bevorstehende Veröffentlichung der Aufrufe zur Winterhilfe besonders hinweisen.

Die Mitarbeit in der allgemeinen Winterhilfe entbindet aber nirgends von der eigenen jüdischen Winterhilfsarbeit. Sicherlich ist heute alle Mittelbeschaffung durch das Andauern der Wirtschaftskrise erschwert; vielleicht können auch Sachspenden nicht mehr im gleichen Maße wie im vorigen Jahr gegeben werden. Aber Anblick und Eindruck so unendlich gesteigerter Not haben neue starke Willenskräfte zu opferbereiter Hilfe geweckt und die Ueberzeugung gefestigt, daß neue, wirksame Wege der Mittelbeschaffung gesucht und beschritten werden müssen.

Wohl werden, wie bisher, überall die Gemeinden die starken Stützen aller Wohlfahrtsarbeit, aller produktiven sozial-politischen Maßnahmen sein müssen, die der Erhaltung der in ihrem Lebenskern bedrohten jüdischen Gemeinschaft in Deutschland gelten.

Es bedarf aber daneben eines starken Zeugnisses der tätigen Solidarität aller dazu fähigen Mitglieder dieser Gemeinschaft, damit den so große Not Leidenden Wille, Vertrauen und Kraft zum Leben erhalten bleiben.

Nach dem 6. November.

Mit einem grellen antisemitischen Schlußakkord endete der Vorabend des 6. November. Langsam hatte sich der Wahlkampf entwickelt. Vorsichtig lüfteten die Agitationsleiter die Parteivisiere, um die Stimmung der Bevölkerung abzutasten. Als die NSDAP. merkte, daß die Skepsis in ihren alten Wählerschichten gegenüber der Partei stark geworden sei, versuchten sie noch einmal, alle Zweifler, alle Schwankenden durch die alte Rattenfängermelodie des Judenhasses wieder hinter die Parteifahne zu bringen. Riesenplakate in allen Farben schrien von den Anschlagsäulen herab: Papen verjudet! Stahlhelm verjudet! Der Central-Verein Eintreiber der Juden zur Stimmabgabe für die Deutschnationale Volkspartei! In Massenauflagen trugen Sonderzeitungen, Flugblätter, Flugzettel die antisemitische Verhetzung durch Straßen — und Hauspropaganda in Millionen Familien. Dann, jäh abbrechend, die Stille des Wahltages, und nun — das Ergebnis: ein starker Einbruch in die nationalsozialistische Phalanx. Nach Jahren unaufhörlichen Anstiegs mehr als nur ein Stillstand: eine Niederlage. Eine Schlacht gegen den Nationalsozialismus ist gewonnen, aber der Sieg gegen ihn ist noch nicht errungen.

Wie stehen nach dem 6. November die Fronten? Der Rückgang der Mandats- und Stimmenzahl der Nationalsozialisten ist weit stärker, als es der verminderten Wahlbeteiligung entspricht. Auch dieses Mal ist es der NSDAP. nicht geglückt, in die Arbeiterparteien einzubrechen. Im Gegenteil: während im Reichstag vom 31. Juli die NSDAP. für sich stärker war als die SPD. und die KPD. zusammen, haben diese beiden Parteien jetzt eine ganz klare Mehrheit gegenüber den Nationalsozialisten erlangt. Aber es darf auch nicht verkannt werden, daß diese Wahlen keine Verminderung des politischen Radikalismus gezeigt haben. Trotz der Abwanderung bürgerlicher Elemente aus der NSDAP. in die Deutschnationale und Deutsche Volkspartei bilden Nationalsozialisten und Kommunisten zusammen eine Mehrheit gegenüber allen anderen Parteien.

Der Stimmenrückgang der Nationalsozialisten beweist, daß eine große Zahl von Menschen, die unter Verleugnung ihrer sozialen Herkunft und politischen Gesinnung zum Nationalsozialismus gekommen waren, kritisch und hellhörig geworden sind. Diese Entwicklung wird mit dem 6. November keineswegs abgeschlossen sein, wenn auch bei dieser Wahl viele noch einmal, vielleicht ein letztes Mal ihre Stimme Hitler gaben, um ihm noch eine Chance zu setzen. Die Auseinandersetzung selbst wird weiter gehen. Die Menschen, deren Widerspruch sich an dem Mißverhältnis von Versprechen und Verwirklichung im Nationalsozialismus entzündet haben mag, sind von der unausgesetzten antisemitischen Verhetzung, der sie zur Vernebelung ihres Bewußtseins und zur Einschläferung ihres kritischen Geistes ausgesetzt waren, nicht unbeeinflußt geblieben. Sie stellen einen starken Gefahrenherd für alle Gruppen dar, in die sie sich jetzt eingliedern.

Die entscheidende Frage bei dieser Wahl war, ob sich für Zentrum, Bayrische Volkspartei und Nationalsozialisten eine regierungsfähige „schwarz-braune" Mehrheit ergeben würde, oder ob man die Deutschnationalen zu einer Mehrheitsbildung brauchen würde. Die Wahl vom 6. November hat ergeben, daß eine Mehrheitsbildung ohne die Deutschnationalen nicht möglich sein dürfte. Das bedeutet eine nicht zu unterschätzende Stärkung der von der gegenwärtigen Regierung vertretenen Politik, eine Stärkung des sogenannten Präsidialkabinetts.

Aber mit welcher Mehrheit das Kabinett auch gebildet werden wird, an dem politischen Kurs der gegenwärtigen Regierung dürfte sich nach der Zusammensetzung des neuen Reichstags kaum etwas ändern. Für die deutschen Juden ist deshalb die allgemeinpolitische Situation unverändert.

In einem jüdischen Blatte sind Kombinationen über Regierungsbildung und Regierungsmehrheit nicht am Platze. Eines kann aber unter staatspolitischen Gesichtspunkten auch an dieser Stelle gesagt werden. Die Regierung der Autorität erhält ihre Autorität nur, wenn sie gegen alle die Autorität untergrabenden Vorgänge gleichmäßig stark bleibt. Das Judentum kann deswegen erwarten, daß alle gegen die Existenz, Leben, Ehre, Eigentum des einzelnen Juden gerichteten Tendenzen an Ordnungsmaßnahmen der Regierung ihre Schranken finden werden. Das Kabinett, dessen Führung so oft zum Ausdruck brachte, daß es sich in seinen Maßnahmen auf den unterbewußten Willen des Volkes stütze, kann diesmal sogar in seinem Verhalten gegenüber dem Judenhaß sich auf die tatsächlichen Ergebnisse des Wahlkampfes stützen; denn es gibt auch auf weitestgehender Mandatsarithmetik keine Mehrheit von Gruppen und Parteien, die den Antisemitismus, die staatsbürgerliche Entrechtung der deutschen Juden auf ihre Fahne geschrieben hätten.

Für die deutschen Juden ergeben sich aus dieser Entwicklung wichtige Erkenntnisse: die Tatsache, daß überhaupt die innere kritische Auseinandersetzung innerhalb der einzelnen Gruppen, insbesondere aber im Nationalsozialismus begonnen hat, schafft dem deutschen Judentum die Möglichkeit, mit geistigen Argumenten in die allgemeine politische Diskussion einzugreifen. Dieser entscheidende Augenblick darf nicht versäumt werden. Alle Hebel müssen in Bewegung gesetzt werden, um das notwendige aufklärende Material in weitestem Umfange in die richtigen Kreise zu bringen.

Die Arbeit, die das deutsche Judentum darum jetzt zu leisten hat, ist nicht einzelnen Parteien, nicht einzelnen Weltanschauungsgruppen oder Organisationen der Umwelt zuliebe zu tun. Es wäre eine schwere Gefahr und eine verhängnisvolle Kurzsichtigkeit, wenn sich di Aufklarungsarbeit des deutschen Judentums an zeitlich bedingten Einflüssen orientierte. Die Aufklärungsarbeit muß an den Grundlagen festhalten, die da lauten: der Anspruch des deutschen Judentums auf Gleichberechtigung, Gleichbewertung und Gleichachtung ist unabhängig von Parteikonstellationen, unabhängig von Regierungsprogrammen. Nur eine solche, nach diesen unzerstörbaren Grundrechten sich richtende Arbeit wird die Zeit überdauern, in der sie geschieht, und wird damit auch das deutsche Judentum die Zeiten überdauern lassen, in denen eine aufgewühlte Umwelt und eine wirtschaftliche Krise von unerhörtem Ausmaße gefährdende und verhängnisvolle Wirkungen gegen uns wach rufen. (C.-V.-Pressedienst.)

Die geplante Reichsverfassungs-Reform und die Juden.

Wichtige Hinweise Hans Goslars.

Im Hinblick darauf, daß die Reichsregierung die feste Absicht hat, im weiteren Verlaufe ihrer Arbeiten eine Reihe zum Teil einschneidender Aenderungen der Reichsverfassung in Angriff zu nehmen, behandelt Ministerialrat Hans Goslar im „Israelitischen Familienblatt" die Frage, ob und in welchem Umfange sich daraus staatsrechtlich oder praktisch-politisch und wirtschaftlich für die deutschen Juden Nachteile ergeben können.

Hält man sich an die Ankündigungen des Reichsministers des Innern, Freiherrn von Gayl, so wird zuerst die Neuformung des parlamentarischen Apparates in Angriff genommen werden. Der Gedanke einer Ersten Kammer neben dem Reichstage ist akut geworden. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß eine neben dem Deutschen Reichstag stehende Erste Kammer zunächst einmal die territoriale Gliederung des Reiches genügend berücksichtigt, indem den Länderregierungen das Recht der Delegierung von Vertretern und den Bevölkerungen ihrer Länder auch noch das Recht der Wahl einer Anzahl weiterer Vertreter gewährt werden wird. Daneben wird aber sicherlich neben Ernennungen und Delegierungen durch den Reichspräsidenten der berufsständische Charakter stark in den Vordergrund treten.

Für die deutschen Juden entsteht sehr bald die wichtige Frage, wer ihre Interessen in dieser Ersten Kammer wahrnehmen soll. Mehrere Möglichkeiten sind da: einmal ist es denkbar und sogar wahrscheinlich, daß nach dem Muster anderer Erster Kammern des Auslandes und z. B. auch des früheren Reichslandes Elsaß-Lothringen die großen öffentlich anerkannten Religionsgemeinschaften eine Anzahl von Plätzen für ihre führenden Persönlichkeiten aus der Geistlichkeit erhalten werden. Bei der betont religiös-positiven Haltung der Reichsregierung ist eine solche Lösung sogar als sicher anzusehen. Eine Ausnahmebehandlung der deutschen Juden in dieser Frage zu ihren Ungunsten würde den bisherigen Proklamationen der Regierung von Papen absolut widersprechen. Da die deutschen Juden in ihrer Gesamtheit keine Konsistorialverfassung haben, so ergeben sich zweifellos für sie gewisse Schwierigkeiten, es sei denn, daß der Reichsverband der deutschen Juden als vollgültige delegationsfähige Institution angesehen werden wird. Auf alle Fälle dürfte diese Möglichkeit ein Hinweis auf die Notwendigkeit sein, mit größter Beschleunigung und Sorgfalt die endgültige Konstituierung des Gesamtverbandes zu betreiben.

Natürlich werden noch andere Aussichten bestehen, die wirtschaftlichen und politischen Lebensinteressen der deutschen Juden auch durch Männer aus ihren eigenen Reihen wahrzunehmen. Hier werden sich allerdings viele Schwierigkeiten ergeben. Bei einer großen Anzahl von berufsständischen Vertretern wie z. B. aus der Landwirtschaft, dem Handwerk, der Schwerindustrie, der Schiffahrt, der chemischen Industrie, dem Bergbau usw. ist es völlig ausgeschlossen, daß jüdische Persönlichkeiten präsentiert werden. Hier stehen Juden nirgends oder nirgends mehr in Posi-

tionen oder in Stellungen von solch ausschlaggebender Bedeutung, daß man sie trotz ihres Judentums vorschlagen müßte. Denkbar ist es aber immerhin, daß andere bedeutsame Gruppen, wie der Einzelhandel, das Bankgewerbe, sowie die freien Berufe auch Juden als Vertreter entsenden werden. Hier wäre es dann Aufgabe der in den entscheidenden Gremien sitzenden Juden, alle Kräfte dafür einzusetzen, daß sachlich angesehene und dabei sich mutig und offen als Juden bekennende Männer vorgeschlagen werden. Die außerordentlich großen Leistungen der deutschen Juden beim Aufbau der deutschen Volkswirtschaft berechtigen uns zu dieser Forderung, und die jeder Beschreibung spottende wirtschaftliche Notlage der durch Boykott bedrohten oder schon lange betroffenen jüdischen Wirtschaftskreise zwingt uns, diese Forderung mit aller Energie durchzusetzen.

Bei der Verfassungsänderung wird Abschaffung des Listensystems und Einführung des alten Wahlkreissystems beabsichtigt. Im Rahmen des Listensystems ist es zumindest theoretisch möglich, daß auch in Zeiten antisemitischer Hochspannung eine Partei jüdische Kandidaten an noch aussichtsreicher Stelle mitaufstellt. Kommen jetzt wiederum die Wahlkreise, in denen sich jeder einzelne Kandidat durch stärkstes persönliches Hervortreten sein Mandat erobern muß, so wird es, wenn sich die Volksstimmung nicht grundlegend ändert, ganz besonders schwer sein, einem jüdischen Kandidaten in einem Kreise zum Siege zu verhelfen. Immerhin läßt es sich vorstellen, daß in einzelnen Wahlkreisen mit stärker konzentrierter jüdischer Bevölkerung das jüdische Votum einen gewissen Einfluß auf die Wahl oder Nichtwahl eines antisemitisch eingestellten Abgeordneten haben kann. Die gesamte Wahlkreisreform wird aber insofern für uns praktisch nicht von wesentlicher Bedeutung sein, als unter dem heutigen Listensystem die Zahl der sich als Juden bekennenden aufgestellten Kandidaten von Mal zu Mal abgenommen hat.

Irgendwelche Ankündigungen, daß die Verfassungsreform sich auf weitere Gebiete erstrecken könnte, die unsere Grundrechte berühren, sind bisher nirgends von verantwortlicher Stelle gemacht worden und wohl auch beim Fortbestehen des Kabinetts von Papen auf der jetzigen Grundlage und unter der Präsidentschaft des jetzigen Reichspräsidenten nicht zu erwarten. Wir rechnen dazu vor allem die Artikel 109 (Gleichberechtigung aller Staatsbürger vor dem Gesetz), 111 (Freizügigkeit), 112 (Freiheit der Auswanderung), 135 (Freiheit des Glaubensbekenntnisses), 136 (Unabhängigkeit des Genusses bürgerlicher Rechte vom Glaubensbekenntnis), 137 (Rechtsverhältnisse der Religionsgesellschaften). Entscheidend wichtig ist immer, welcher Geist die Spitzen der Behörden und die Beamtenschaft beseelt, die mit der Ausführung der Gesetze gegenüber In- und Ausländern (Ostjuden!) betraut sind.

Goslar schließt: „In den bis jetzt erkennbar gewordenen Absichten auf Aenderung der Reichsverfassung sehen wir deshalb, wenn nicht Anderes und Einschneidenderes folgt — keine Gefahrenquellen für die deutschen Juden. Etwas anderes ist es natürlich, ob nicht die Riesenwelle fanatischen Judenhasses, die über das deutsche Volk dahingeflutet ist, und von der sehr große Teile der gebildeten Schichten ja keineswegs unberührt geblieben sind, in Zukunft mehr und mehr die Beamtenschaft in einem Maße ergreift, daß dadurch eine unparteiische und nicht schikanöse Anwendung der Gesetze und Verwaltungsordnungen gefährdet wird. Hier energisch vorzubeugen, ist ganz besonders Aufgabe einer Reichsregierung, die soeben durch den Mund des Regierungschefs den Grundsatz hat verkünden lassen, daß sie nicht gewillt sei, andersdenkende Volksteile zum Freiwild der Nationalsozialisten werden zu lassen, und die auf Erhaltung des autoritären Staatsgedankens besonderen Wert legt."

Vorsteherbund der jüdischen Gemeinden Nordwest-Deutschlands.

Zur Zusammenkunft der jüdischen Gemeindevorsteher aus Ostfriesland, Oldenburg, Regierungsbezirk Stade und Bremen am Sonntag, 6. November 1932, hatte der Vorstand der Israelitischen Gemeinde Bremen die auswärtigen Delegierten zu einer Morgenfeier eingeladen, die um 11.30 Uhr im Vortragssaal des Atlantishauses stattfand. Herr Oberrabbiner Dr. Jos. Carlebach, Altona, sprach anläßlich des 300. Geburtstags Spinozas (24. November 1632) über die Frage: „Wie urteilt das Judentum aus geschichtlicher Perspektive über Baruch Spinoza?", und verstand es, den besonders schwierigen Stoff allgemeinverständlich zu beleuchten und ein Stück jüdischer Geschichte so lebenswahr zu gestalten, daß die sehr zahlreiche Zuhörerschar den hochstehenden Ausführungen voller Spannung von Anfang bis zu Ende lauschte.

An den Vortrag schloß sich unter Führung von Herrn Direktor Ries ein Rundgang durch das Haus St. Petrus und das Robinson Crusoe-Haus an der Böttcherstraße an; die einzigartigen Schöpfungen Ludwig Roselius, Wunderdinge der Architektur, an denen man bei einem flüchtigen Besuch achtlos vorübergeht, fanden reges Interesse bei allen Gästen.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen wurde die 7. Tagung des Vorsteherbundes um 15 Uhr durch Herrn Max Markreich, Bremen, im Vogelersaal eröffnet. Vertreten waren 13 Gemeinden mit 39 Delegierten. Nur wenige Vorsteher waren infolge der Reichstagswahl ferngeblieben, mehrere Delegierte übten ihr Wahlrecht in Bremen mit Stimmschein aus. Bemerkenswert war die Anwesenheit des Delegierten der Synagogengemeinde Bunde, der mit seinen 26 Jahren wohl der jüngste Vorsteher im Deutschen Reiche ist.

In seinen Eröffnungsworten wies der Vorsitzende auf die Geschehnisse seit der letzten Tagung (14. Juni 1931) hin. Die immer krisenhafter gewordene Wirtschaftslage hat ein häufigeres Zusammenkommen, wie eigentlich beabsichtigt, unmöglich gemacht und auch die beschlossene Tagung auf Norderney verhindert; so sei man heute wieder und zwar zum dritten Male in Bremen zusammengetroffen. Leider ist neben der wirtschaftlichen auch die bürgerliche Existenz gefährdet; in einer solchen Zeit laste die Verantwortung besonders schwer auf dem jüdischen Vorsteher; es gelte, die Zukunft der jüdischen Gemeinschaft sichern zu helfen.

Aus dem Jahresbericht ist zu erwähnen, daß die vom sel. Kollegen Leo Bein angeregte Altersfürsorge für den nodwestdeutschen Bezirk infolge wirtschaftlicher Unmöglichkeit nicht verwirklicht werden kann. — Infolge Abschluß eines Empfehlungs-Vertrags mit dem jüdischen Versicherungsverein „Die Hilfe" sind dem Vorsteherbund neue Mittel zugeflossen, die zur Auffüllung des im Berichtsjahre ausgeschütteten Mazzoth-Verbilligungs-Fonds dienen sollen. Wie bekannt, gelangten 600 Mark zur Verteilung. — Im Interesse notleidender Gemeinden und Einzelmitglieder stand der Bund häufig in Verbindung mit dem Verband der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte, der sich besonders im Fall „Delmenhorst" als hilfreich bewährt hat; der Vorsitzende, Herr Rechtsanwalt Dr. Manasse, Altona, hat persönlich mit der Leitung der Sparkasse in Delmenhorst Verhandlungen zugunsten der Synagogengemeinde geführt. Ferner nahm ein Vertreter des Bremer Gemeindevorstands an einer Gemeinderatssitzung in Delmenhorst teil, um schwebende Fragen zu besprechen und den Entwurf einer neuen Friedhofsordnung auseinanderzusetzen. Ebenso erfolgte die Veröffentlichung der seit 1924 in Delmenhorst gemeldeten „Austrittler" im Bremer Gemeindeblatt. Zur Bekämpfung der Austrittsbewegung sind durch den Vorsitzenden vier Anträge beim Gemeindeverband gestellt, die zur Verlesung gelangen und den Beifall der Anwesenden finden. — Zwischen den Bundesgemeinden hat ein dauernder schriftlicher, teils auch persönlicher und telephonischer Konnex bestanden. Von wesentlichen Punkten sind zu erwähnen: Gewinnung von Mitgliedern für zwangsfreie Gemeinden, Verhandlungen betreffs der Vornahme der Tahara an solchen Personen, die auf hoher See verstorben sind und deren Ueberführung ab Bremerhaven gewünscht wird; Vermittlung von Kultusbeamten für den Schächtdienst und für Aushilfe an den hohen Feiertagen; außergerichtliche Schlichtung von Streitfällen innerhalb der Gemeinden; Verhandlungen mit dem Sephardischen Weltkomitee in Paris usw. Sämtlichen Bundesgemeinden wurden in Ausführung des Bremerhavener Beschlusses Fragebogen zugestellt betr. Zentralisierung des Wohlfahrtswesens, Beerdigungskosten, Hinterbliebenenfürsorge, Vortragstätigkeit usw.; da nur wenige Gemeinden die Angaben machten, war eine Statistik nicht zu erreichen.

Von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses legte Herr Bernhard Polak, Emden, sein Amt als 1. Vorsteher nieder; an seine Stelle trat Herr Louis Wolff, Emden. Dem Kollegen Gustav Schwabe, Varel, wurde zum 75., den Kollegen A. van Dyk, Aurich, und Joseph Arons, Weener, zum 70. Geburtstage die Glückwünsche des Vorsteherbundes dargebracht und des verstorbenen Kollegen Georg Willner, Cloppenburg, durch Erheben von den Sitzen ehrend gedacht.

Bei der nachfolgenden Neuwahl des Vorstands gelangten die bisherigen Mitglieder des Verwaltungsausschusses Max Markreich, Bremen, Julius Schocken, Bremerhaven, und Jacob Wolff, Vegesack, einstimmig zur Wiederwahl. Als Ersatzmann für den verstorbenen Kollegen Bein wurde Kollege Herm. Cohn, Rüstringen, als Beisitzer gewählt.

Von den noch unerledigten Vorlagen gelangte die Angelegenheit „Landrabbinate" zur Debatte, in der Kollege Schocken, Bremerhaven, referierte und auf die Notwendigkeit hinwies, den religiösen und kulturellen Notstand in den jüdischen Kleingemeinden zu beheben. Die Landrabbinate müssen sich außer um ihr Ortsrabbinat viel mehr um die kleineren Gemeinden bekümmern, um dem immer weiter zunehmenden Indifferentismus Einhalt zu gebieten. An der Aussprache beteiligen sich Löwenstein, Verden; Wolff, Vegesack; Wolff, Emden und Markreich, Bremen. Es wird allgemein festgestellt, daß in den Landgemeinden Hunger nach jüdischem Wissen vorhanden und daß Abhilfe durch Rednerbeschaffung notwendig ist.

Zum Delmenhorster Notstand schildert Kollege Auerhann den Werdegang der Notlage, die in erster Linie durch den infolge Baufälligkeit der alten Synagoge bedingten Neubau und dessen den Voranschlag erheblich überschreitende Bausumme entstanden ist. Trotz allem hat die Sparkasse ihr Entgegenkommen wegen der Hypotheken und Zinszahlung gezeigt. Redner bittet um baldige Einberufung einer Sitzung nach Delmenhorst unter Hinzuziehung eines Vertreters der Reichsarbeitsgemeinschaft jüdischer Landesverbände und aller übrigen kompetenten Persönlichkeiten. — Für den Vorsteherbund erklärt sich Koll. Schocken, Bremerhaven, zur Vertretung bereit, evtl. auch Herr Dr. Goldschmidt, Wesermünde.

Es wird ferner beschlossen, das Protokoll der Bremer Tagung allen Bundesgemeinden zuzustellen; anschließend wird nochmals

über die Austrittsbekämpfung gesprochen; man hält es für wirksam, auch weiterhin die Namen der Austrittler in den Gemeindeblättern zu veröffentlichen.

Zwecks Ergreifung von Mitteln zum Schutz des gewerblichen Mittelstandes übernimmt Herr Dr. Silbert von der Jüdischen Volksbank „Ivria“, Berlin, das Referat an Stelle des verhinderten Kollegen Dr. Kleemann, Berlin, zum Thema: „Jüdischer Mittelstand und jüdisches Genossenschaftswesen.“ — Bei den Großbanken ist es heute unmöglich, für einen kleinen Kaufmann Kredit zu bekommen. Es bleibt daher nichts übrig, als zur Selbsthilfe zu greifen. Eine Institution von 50 Aktionären kann schon eine Selbsthilfe darstellen, weil dann schon über einiges Kapital verfügt werden kann und so dem Mittelständler ein gewisses Rückgrat gegeben ist. In Berlin existieren zwei Genossenschaftsbanken, auch in Chemnitz ist eine Gründung erfolgt. In Breslau, Hamburg und Dresden sind die Gründungen jüdischer Banken in Vorbereitung. Jede Genossenschaftsbank unterliegt einer dauernden Kontrolle; sie unterhält ein Giro-Konto bei der Reichsbank. Der Anteil jedes Aktionärs beträgt 250 Mark, die innerhalb eines Jahres in monatlichen Raten einzuzahlen sind. Die Chemnitzer Bank ist durch Ausgabe großer Mengen Schecks sehr populär geworden und zählt schon jetzt 35 Nichtjuden zu ihren Kunden. Geldausgabe erfolgt natürlich nur gegen Sicherheiten, die aber in größerem Maße vorhanden sind, als man gewöhnlich annimmt. Auch offene Zessionen werden akzeptiert.

In der Debatte verliest Kollege Wolff, Emden, ein Rundschreiben der Zentralstelle für Darlehnskassen. Herr Dr. Silbert bezeichnet das Institut als ein philantropisches Unternehmen, das vom Joint Gelder zur Verfügung hat. Auch Darlehnskassen kann man genossenschaftlich aufziehen, darin liegt ein erzieherischer Wert und das Verantwortungsgefühl wird stärker geweckt. Die jüdischen Genossenschaftsbanken gewähren Kredite für längstens sechs bis acht Monate.

Kollege Auerhann, Delmenhorst, weist auf die vielfachen Zusammenbrüche von Genossenschaftsbanken in letzter Zeit hin. Kollege Wolff, Emden, bittet, den Anregungen des Referenten nachzugehen, die Not unter den Viehhändlern sei besonders groß. — Kollege Schocken, Bremerhaven, dankt dem Referenten für die anschauliche Schilderung; in Großgemeinden wie Berlin seien solche Gründungen zwingende Notwendigkeiten, für kleinere Gemeinden hält er die Sache für aussichtslos; die Darlehnskassenangelegenheit müsse eingehend geprüft werden.

Es wird beschlossen, den Vorstehern Material betr. jüdische Genossenschaftsbanken zuzustellen und im übrigen die Angelegenheit zur weiteren Beratung an den Verwaltungsausschuß zu verweisen.

Mit der Hoffnung, daß die heutige Zusammenkunft allen Teilnehmern neue Anregungen gegeben und den Zusammenschluß gefördert hat, schließt der Vorsitzende die 7. Tagung des Vorsteherbundes um 18.30 Uhr.

*

Anwesenheitsliste:

Aumund-Vegesack-Blumenthal: Jacob Wolff, Vegesack; H. Levy, Vegesack; Ferd. Isselbächer, Blumenthal; M. Kayser, Blumenthal; Louis Hahn, Blumenthal.

Wesermünde-Bremerhaven: Jul. Schocken, Bremerhaven; Aron Liebenthal, Wesermünde-L.; Rechtsanwalt Dr. Goldschmidt, Wesermünde; Dr. H. Meyer, Wesermünde.

Bremen: Max Markreich, Max Reifenberg, Dr. P. Hes.

Oldenburg (Old.): B. Seligmann, Heinr. Hirschberg.

Wilhelmshaven-Rüstringen: Hermann Cohn, Rüstringen.

Delmenhorst: S. Auerhann, M. Lippmann, H. Kuflik.

Achim: S. Heilbronn.

Osterholz-Scharmbeck: J. Heidemann, Osterholz; J. ter Berg, Ritterhude.

Verden: J. Löwenstein, A. Baumgarten.

Emden: Louis Wolff, Herm. Seligmann, Max van der Walde.

Leer: Sämmy Rosenberg.

Bunde: Hans Watermann.

Papenburg: Ignatz Hes.

Entschuldigt: N. Grünberg, Bremen; Jos. Arons, Weener; Ludwig Frank, Varel; Rich. Stein, Neustadt-Gödens; Adolf Weinberg, Norden; Lehmann Rosenberg, Leer; M. Gröschler, Jever; Nathan Löwenstein, Wittmund.

Ohne Entschuldigung fehlten die Vorsteher aus Aurich, Cloppenburg, Berne, Bremervörde, Dornum Esens, Jemgum, Nordenham, Stade, Vechta, Wildeshausen.

Gottesdienst im Haag.

Am 9. und 10. Oktober fand im Haag der erste Jom-Kippur-Gottesdienst der neugegründeten liberalen Gemeinde statt. Ein von Rabbiner Dr. Norden (Elberfeld) zusammengestelltes Gebetbuch mit Gebeten in hebräischer und holländischer Sprache war zur Feier des Tages herausgegeben worden. Zwei Predigten von Dr. Norden wurden vorgelesen. Als Vorbeter fungierte Herr Willi Lief aus Köln, als Organist Herr Hans Samuel aus Essen. Die Feier nahm einen würdigen Verlauf.

Aus der Israelitischen Gemeinde Bremen

Beiträge für den lokalen Teil sind „an die Schriftleitung des Jüdischen Gemeindeblatts, Bremen, Gartenstraße 7“, zu senden.

Gebetzeiten der Israelitischen Gemeinde Bremen.

Synagoge Gartenstraße 6.

Wochentags
morgens .... 7 Uhr
ab 27. 11. .... 7^{15} Uhr
abends .... 16^{30} Uhr

Neumondstage Kislew: Dienstag, 29. und Mittwoch, 30. Nov.

Montag, 28. November, 12^{30} Uhr: **Jom Kippur Katan.**
Einschaltung von Tal umotor ab Sonntag, 4. Dezember, abends.

Sabbat
Freitag abend 18.11. ... 16^{30} Uhr
ab 25.11. ... 16^{20} Uhr
Sonnabend morgen .... 8^{30} Uhr
Predigt oder Schrifterklärung .... 10 Uhr
Mincha .... 16^{30} Uhr
(nur am 3. 12. .... 16 Uhr)
Nacht: 19. 11. .... 17^{11} Uhr
26. 11. .... 17^{05} Uhr
3. 12. .... 17^{02} Uhr
10. 12. .... 16^{59} Uhr

Sabbat 1932 / 5693	Thora-Vorlesung
19. November 20. Marcheschwan	**Wajera** (Genesis 18^{1}—22^{24}) **Barmizwah** Haftara: 2. Könige 4^{1}—4^{27}).
26. November 27. Marcheschwan	**Chajé-Szarah** (Genesis 23^{1}—25^{18}) **Neumondsweihe, Predigt.** Haftara: 1. Könige 1^{1}—1^{31}.
3. Dezember 4. Kislew	**Tol'doth** (Genesis 25^{19}—28^{9}) Haftara: Malcachi 1^{1}—2^{7}; **Jugendgottesdienst 16 Uhr.**
10. Dezember 11. Kislew	**Wajézé** (Genesis 28^{10}—32^{2}) Haftara: Hosea 12^{13}—14^{10}.

Familien-Nachrichten.

Barmizwah: Ludwig Assenheimer, Sohn von Hermann Assenheimer und Frau, Jeannette, geb. Körbchen, Franziusstr. 8, am 19. November.

Eheschließung: Senta Ries, Tochter von Siegfried Ries und Frau, Elsa, geb. Levy, Georgstr. 17, mit Kurt Auerhann, Delmenhorst, am 13. November.

Silberhochzeit: Henry Liebenwalde und Frau, Amalie, geb. Warschauer, Berliner Straße 37, am 19. November.

Verlobt: Artur Heimbach mit Sofie Loewenberg, Ochtrup.

Jahrzeit (am Vorabend des angegebenen Tages beginnend).

November 17.: Leo Neumann, Leo Katzenstein,
19.: Leo Nathansohn,
23.: Erich Rosenbaum,
25.: Hermann und Wilhelm Anspacher,
26.: J. Bronznik, Isid. Feilmann,
27.: A. Aronsohn,
30.: Israel Weiß, J. Liffschitz, Erich Alexander.
Dezember 1.: Adolf und Simon Horwitz,
2.: Rich. Wolf,
5.: H. Fink, S. Direktorowicz,
8.: B. Zacharias,
11.: Rud. Katz,
12.: Max Abraham, Adolf und Nathan Grünberg,
13.: Georg und James Fischbein, M. Platzer,
16.: Siegfried Ries.

Wer zu Hause kein Jahrlicht anzündet, hat Gelegenheit, gegen geringes Entgelt die **Gedächtnis-Licht-Einrichtung** in der Synagoge zu benutzen. — Anmeldung beim Gemeindediener. — Wer Jahrzeit hat, pflege den schönen alten Brauch, sich im Gedenken an seine Lieben durch **Spenden an unsere Gemeindevereine** sozial zu betätigen.

Jahrzeit-Stiftung!

Freitag, den 25. November, zur Erinnerung an **Adolf Stern**

gestorben: { 26. Marcheschwan 5677 / 21. November 1916

Bremer Nachrichten.

Niemand kann die Verantwortung auf sich nehmen, die soziale Fürsorge im Stich zu lassen. Viele haben den ihnen zugestellten Aufruf des Jüdischen Wohlfahrtsamts achtlos beiseite gelegt; wenige nur haben der Bitte um Spendenzuweisung entsprochen. Wer mithelfen will, die Not zu lindern, zahle seine Zuwendung auf Postscheck-Konto 25698 Hamburg oder bei der Bremer Bank für das Jüdische Wohlfahrtsamt ein!

Morgenfeier im Hause Atlantis. Einer Einladung des Gemeindevorstands folgend, sprach Herr Oberrabbiner Dr. Joseph Carlebach, Altona, am 6. November anläßlich des 300. Geburtstages von Baruch Spinoza zum Thema: „Wie urteilt das Judentum aus geschichtlicher Perspektive über Spinoza, den Menschen und Denker?" Redner gab zunächst eine Schilderung der Umwelt, aus der Spinoza stammte und in der er später lebte, und verstand es meisterhaft, den Abstand des großen Denkers von den herrschenden Anschauungen der damaligen Amsterdamer Judenheit zu erläutern. Wolle man die Frage beantworten, ob der Bann, das Verhalten seiner Glaubensgenossen zu Recht bestanden habe, so könne man das nur, wenn man Spinozas eigene Lehrmethode „more geometrico" anwende. Nicht nur Spinoza, auch viele andere hochbegabte aus Spanien und Portugal geflüchtete Maranen seien auf katholischer Grundlage erzogen worden und machten sich von den Juden ein Phantasiebild, wie es in den Niederlanden in keiner Weise der Wirklichkeit entsprach. In der Unduldsamkeit ihrer Zeit befangen, konnten große Geister wie Spinoza und Uriel da Costa sich nicht in die Vorstellungswelt der holländischen Juden eindenken, noch diese Verständnis aufbringen für Methode und Leidenschaftlichkeit, die den Maranen in ihrer spanischen Heimat anerzogen war. — Auf die Philosophie Spinozas eingehend, erläuterte der Redner: Spinoza wagte die Behauptung: „Gott, Mensch und Welt sind eins, der große Dualismus von Leib und Seele, von Geist und Körper sind nicht zwei selbständige Seinsprinzipe, sondern es sind nur die beiden Seiten der einheitlichen Welt. Alles ist unter dem Gesichtspunkte der Ausdehnung und des Denkens zu betrachten. Substantia dei est causa sui, alles folgt nur aus der notwendigen Natur Gottes. Alle Wesen sind nur Modifikationen der göttlichen Substanz. Das Gesetz, das die Natur in mathematischer Notwendigkeit regelt, regelt auch alle geistigen Vorgänge." — Spinozas Lehre kennt keinen Zwiespalt zwischen Gott und Menschen; es ist in ihr kein Raum für Fortschritt, Entwicklung und zur messianischen Vervollkommnung vorhanden. Spinoza unterscheidet nur Richtiges und Falsches, kein Gutes und Böses; durch das Einsdenken mit dem göttlichen Gedanken erkennt der Mensch die Dinge durch die amor dei intellectualis. — Bei solcher Einstellung mußte naturgemäß ein Konflikt mit der Bibel und demgemäß mit der jüdischen Glaubensgemeinschaft entstehen, die im Gegensatz zu Spinoza ihre trotz fortgesetzter Bedrückungen noch heute dauernde Existenz auf das unbegreifliche Walten Gottes zurückführt. Während er der bedeutsamste Vorkämpfer des Liberalismus wurde, mußte er sich andererseits mit der Bibel auseinandersetzen und konnte es nicht. — In hervorragender Weise verstand es Herr Oberrabbiner Dr. Carlebach, das besonders für ihn als Prototyp der gesetzestreuen Richtung schwierige Thema zu meistern und die ergriffen lauschende Zuhörerschar bis zum Schluß seiner Ausführungen zu fesseln. Jeder, der sich mit einer Ausrede der Morgenfeier ferngehalten hat, ist um ein Erlebnis gekommen; daß der Redner dennoch vor einem vollen Hause sprechen konnte, soll nicht unerwähnt bleiben.

Zionistische Ortsgruppe. Am Dienstag, den 18. Oktober, fand die angekündigte Veranstaltung unter dem Motto „Die sprechende Zeitung" statt. Kurt Zacharias leitete den Abend mit einem allgemeinen Bericht über die Entstehung zionistischer Ideen ein, worauf Herr Ingenieur Weinreich die derzeitige Lage in Erez Israel kennzeichnete. Ein Bericht über jüdische Arbeiterfragen von Herrn Paul Lisser wurde in dessen Abwesenheit zur Verlesung gebracht. Herr Peter Pinthus berichtete über jüdische Jugendbewegungen. — Zu Beginn des zweiten Teiles der Veranstaltung erstattete Herr Karl Neißer Kritik über Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt, die sich mit jüdischen Dingen befassen, so z. B. über das Buch „Uriel Acosta" des Bremer Schriftstellers Josef Kastein. Ueber „jüdische Frauenfragen" sprach Fräulein Irma Landesdorf, Frau Rosa Ostro berichtete über die Arbeiten des Keren Kajemeth und Keren Hajessod. Den Abend beschloß ein humoristischer Reisebericht von Alfred Cohen. — Am Dienstag, den 1. November, berichtete Fräulein Irma Landesdorf über den Delegiertentag des Nordwestdeutschen Gruppenverbandes in Kiel, zu welchem sie von der Ortsgruppe Bremen entsandt worden war. — Fräulein Mirjam Wall las aus den interessanten Briefen ihres Bruders, der als Chaluz in Erez Israel in der Kwuzah Schiller arbeitet, vor und erregte damit das größte Interesse der Anwesenden. — Zum Schluß machte Herr Kurt Zacharias einige kurze Ausführungen über die bevorstehende Reichstagswahl. — Auf der am Sonntag, den 27. November, stattfindenden Ortsgruppenveranstaltung, gemeinsam mit dem Jugendbund, spricht Herr Dr. Marx, Hamburg, über das Thema: „Zionismus und Kommunismus." (Ausspracheabend.)

Kulturhöhepunkte vergangener Zeiten und ihre Ausstrahlungen, lautet das Thema, über das Herr Gymnasialdirektor Dr. Schaal am Mittwoch, den 30. November, 20 Uhr, im Vortragssaal des Hauses Atlantis spricht. Der Vortrag behandelt: Die Akropolis in Athen, das Kapitol und die Kaiserfora in Rom, den Tempelberg in Jerusalem und die Alhambra in Granada. — Preis der Karten 75 Pfg. Kartenausgabe am 23. November im Schauspielhaus. — Der Lichtbildervortrag wird am 7. Dezember wiederholt.

Wer hilft mit? Wer ist bereit, einigen unterernährten Familien regelmäßig Lebensmittel zur Verfügung zu stellen? Ein Pfund monatlich, von vielen gegeben, ermöglicht es der Pfundspende, helfend einzugreifen. Beauftragen Sie Ihren Kaufmann sofort, regelmäßig monatlich ein Pfund Lebensmittel in Ihrem Auftrage nach Gartenstraße 6 zu schicken!

Jüdische Jugendvereinigung Bremen. Ueber die Arbeit im Oktober/November liegt folgender Bericht vor:

Die Fortsetzung unseres Zyklus: „Unsere Berufe sprechen zu uns", gestaltete sich zu einem interessanten Abend. Hermine Duchowny, Arnold Löwenstein, Peter Pinthus und Rolf Rothschild gaben sich viel Mühe, ihre Korreferate interessant auszugestalten. Zu Suckoth besuchten wir mit elf Mitgliedern die Suckah des Herrn Rabbiner Dr. Aber. Da es regnete, verweilten wir nur einen Augenblick in der Suckah und verbrachten den Abend im Arbeitszimmer des Herrn Dr. Aber in angeregter Unterhaltung. Am 1?. Oktober war eine außerordentliche Mitgliederversammlung vom Vorstand einberufen worden. Auf der Tagesordnung stand der Rücktritt des Vorstandes, doch zog dieser zu Beginn der Versammlung die Tagesordnung zurück und gab bekannt, daß der Vorstand im Amt bleibe, da er satzungsgemäß auf ein Jahr gewählt sei und nicht gegen die Satzung verstoßen wolle. Mehr als zwei Drittel unserer Mitglieder waren anwesend; dazu einige Herren, die sich für unsere Arbeit interessieren. Der Arbeitsbericht zeigte eine ständig wachsende Aktivierung unserer Arbeit. Der Kassenbericht zeigte leider einen Ausfall von Einnahmen. Die Aussprache brachte einige sachliche Meinungsverschiedenheiten zutage, die nicht angenehm zu behandeln waren. Der Abend schloß mit einem einstimmigen Vertrauensvotum für den Vorstand, das der Leiter des Abends, Dr. Hermann Lehmann, beantragte. Interessant war der Abend unter Leitung von Ernst Schragenheim über Psychoanalyse. Bei naßkaltem Wetter zogen unsere unermüdlichen Jungens zur Fahrt nach Oberneuland und kamen fidel wieder nach Hause. Die A.-G. „Jüdische Geschichte" brachte uns mit Kurt Zacharias dreimal mit mehr als 12 Mitgliedern und einigen Gästen zusammen. Kurt Zacharias verstand es glänzend, uns einen Ueberblick der gesamten jüdischen Geschichte zu geben. Der englische Kursus läuft weiter. Ueber den Verband, die gesamtjüdische Idee und unsere Arbeit brachte Rolf Rothschild an Hand eines Rundbriefes viel Neues aus der Tätigkeit unseres Verbandes, mit dem noch mancher Abend ausgefüllt werden wird.

Ueber „Kampf gegen die soziale Not" sprach Herr Richard Taeger, M. d. B. Herr Taeger gab uns einen klaren Ueberblick über die historischen Ursachen und die Wirkungen der sozialen Gegensätze unserer Zeit.

Annahmestellen für die Pfundspende. Frau Ed. Alexander, Falkenstraße 13, Frau Jos. Platzer, Nordstraße 207/9, Frau Emil Posnansky, Otto-Geldemeister-Straße 43, Frau Dora Körbchen, Neustadtbahnhof 24, Frau Sally Rothschild, Osterstraße 56, Frau B. Gröger, Ostertorsteinweg 77, Hauswart des Jüdischen Gemeindehauses, Gartenstraße 6. Um eine ordnungsmäßige Verteilung der Pfundsammlung zu ermöglichen, wird gebeten, Leistungen für die Pfundspende jeweils bis zum 29. jeden Monats vorzunehmen.

Wohlfahrtsbriefmarken 1932 werden als ergänzende Fürsorge für Notleidende aller Bevölkerungskreise ab 1. November vertrieben. Zur Ausgabe gelangen folgende Werte: 4 Pfg.-, 6 Pfg.-, 12 Pfg.-, 25 Pfg.- und 40 Pfg.-Briefmarken, deren postalische Gültigkeit zur Frankierung von Postsendungen nach dem In- oder Ausland bis zum 30. Juni 1933 läuft. Der größte Teil des Wohlfahrtszuschlages verbleibt den Wohlfahrtsverbänden. Wer also Wohlfahrtsbriefmarken durch das Jüdische Wohlfahrtsamt bezieht, fördert die jüdisch-soziale Fürsorge in Bremen. Markenheftchen mit 18 Marken kosten 2 Mark.

Zeitgemäßes Schenken ist, nicht sinnlos zu schenken. Die bisher übliche Form, Blumen zu schenken, ist nicht mehr zeitgemäß. Wer an Stelle von Blumen ein Ablösungstelegramm des Jüdischen Wohlfahrtsamtes benutzt, hilft damit einem Hilfsbedürftigen, nützt dem Wohlfahrtsamt und macht dem Empfänger Freude.

Sprechstunden im Jüdischen Wohlfahrtsamt sind jeden Montag und Donnerstag von 10 bis 12 Uhr im Gemeindehause, Gartenstraße 7. Die Einhaltung dieser Zeiten liegt im Interesse aller Hilfsbedürftigen und Ratsuchenden. In besonders dringenden Fällen kann Vorsprache auch an den übrigen Vormittagen erfolgen, doch ist vorherige Anmeldung erforderlich.

Wir suchen Stellen für Tischler, Schlachter, Verkäufer, Stenotypistinnen usw. Arbeitgeber, berücksichtigt auch jüdische Arbeitslose!

Der Verlag trägt keine Verantwortung für die religionsgesetzliche Zulässigkeit der im Anzeigenteil gebrachten Mitteilungen und für die rituell einwandfreie Beschaffenheit der dort angezeigten Waren. Die Prüfung derartiger Angebote ist lediglich Sache unserer Leser!

Verlag: Jüdische Wochenzeitung Kassel, Kölnische Straße 77. Druck: Volksblatt G. m. b. H., Kassel